

 **Bundesministerium**
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.508.453

Wien, am 31. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Philipp Schrangl hat am 8. Juli 2022 an mich folgende gleichlautende schriftliche parlamentarische Anfragen gerichtet:

11830/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Oberösterreich“;

11831/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Vorarlberg“;

11832/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Niederösterreich“;

11833/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Salzburg“;

11834/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Wien“;

11835/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Burgenland“;

11836/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Kärnten“;

11837/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Steiermark“;

11838/J betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln in Tirol“;

Diese Anfragen beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- *Wie viele Polizeieinsätze gab es in öffentlichen Verkehrsmitteln? Bitte um eine tabellarische Auflistung für die Jahre 2016 bis 2021, nach Verkehrsmittel sowie speziell*

im Bezirk Linz, Bregenz, St. Pölten, Salzburg, Wien 1100, 1150, 1160, 1210, Eisenstadt, Klagenfurt, Graz, Innsbruck.

- *Welche und wie viele strafrechtliche Delikte wurden zur Anzeige gebracht? (Bitte um eine tabellarische Auflistung für die Jahre 2016 bis 2021, nach öffentlichem Verkehrsmittel, sowie nach Staatszugehörigkeit der Beschuldigten.*
- *Wie viele polizeiliche Einsatzkräfte waren bei den jeweiligen Einsätzen von Nöten?*
- *Wie hoch war die Aufklärungsquote (aufgelistet nach Delikt, Verkehrsmittel und Jahr)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer retrospektiven manuellen Auswertung bezüglich der gestellten Fragen ist auch im Hinblick auf das verfassungsrechtliche Gebot der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns nach Art. 126b B-VG Abstand zu nehmen, zumal eine Beantwortung, insbesondere über einen längeren Zeitraum, zum Teil gar nicht möglich bzw. nur mit unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand und exorbitanter Ressourcenbindung zu bewerkstelligen wäre.

Zur Frage 5:

- *Welche Präventionsmaßnahmen wurden gesetzt? Welche Projekte wurden seit dem Jahr 2016 ins Leben gerufen bzw. fortgeführt und wieviel Geld kosteten diese? Bitte um tabellarische Auflistung nach Jahr, Projekt und Geldbetrag.*

Im Rahmen der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ bestehen Kooperationen mit den Österreichischen Bundesbahnen sowie den Betreibern lokaler Verkehrsunternehmen. Zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls wird im Rahmen des exekutiven Außendienstes regelmäßig sichtbare Polizeipräsenz in Zügen und auf Bahnhöfen gezeigt. Diese Maßnahmen finden in der Plandienstzeit statt, sodass kein zusätzlicher finanzieller Mehraufwand entsteht.

Gerhard Karner

